

Hauptabteilung XX/1

Berlin, 06. Januar 1983

I n f o r m a t i o n
über ein Gespräch mit einer Delegation der Jusos im IPW

Das Gespräch fand am 06.01.1984 von 9.00 Uhr - 12.00 Uhr statt.

Der Delegation der Jusos (BRD) gehörten an:

Rudolf HARTUNG
Vorsitzender der Jusos

Olaf SCHOLZ
stellv. Vorsitzender

Jochen WORSCH
stellv. Vorsitzender

Horst WEGNER
Bundesgeschäftsführer

Norbert NEUSER
Vorstandsmitglied

Seitens des IPW nahmen am Gespräch teil:

Prof. Lutz MEIER
stellv. Direktor des IPW

Prof. Peter KLEIN
Abteilungsleiter im IPW

Prof. Klaus ENGELHARDT
Abteilungsleiter im IPW

Prof. Harald LANGE
wissenschaftlicher Mitarbeiter IPW

Gen. Wolfgang SCHWARZ
wissenschaftlicher Mitarbeiter IPW

Gen. Klaus BENJOWSKI
wissenschaftlicher Mitarbeiter IPW

Gen. Günter BOHN
Sekretär des FDJ-Zentralrates

Gen. [REDACTED]
Mitarbeiter des Zentralrates der FDJ

Das Gespräch fand in einer offenen und sachlichen Atmosphäre statt. Seitens der Delegation der Jungsozialisten wurden keine Fragen mit provokatorischem Inhalt gestellt.

Folgende Fragen standen im Mittelpunkt des Meinungs-austausches:

- Wie schätzt die DDR die Situation in den Ost-West-Beziehungen in den nächsten 3 Jahren ein?
Diese Frage spielt eine wichtige Rolle in der Festlegung der Strategie und Taktik zu den nächsten Wahlen in der BRD.
- Welche Haltung vertritt die DDR in Bezug auf die Auswirkungen der militärischen Gegenmaßnahmen der DDR und CSSR zur Raketenstationierung in Westeuropa auf die Friedensbewegung in der BRD?
- Wie schätzt die DDR die gegenwärtige Weltlage ein, welche Konflikte erwarten wir in welchen Bereichen?
- Unter welchen Voraussetzungen könnte sich ein Wandel in den internationalen Beziehungen vollziehen, der neue Abrüstungsverhandlungen möglich macht?
- Was hält die DDR von regionalen Abrüstungsinitiativen (z. B. der Ostseeländer)?

Über diese genannten Fragen wurde eine ausführliche Diskussion geführt, in der die Vertreter des IPW unsere Standpunkte erläuterten.

Im weiteren Verlauf des Gespräches legte dann die Delegation der Jusos ihre Position zu einigen Fragen der gegenwärtigen politischen Weltlage dar. Dabei wurden folgende Thesen vertreten:

- Insgesamt wird die derzeitige politische Weltlage als angespannt eingeschätzt.
- Sie sind der Meinung, daß die derzeitige USA-Politik Langzeitcharakter hat und es schwierig sein wird, ein entsprechendes Gegengewicht zu schaffen.
- Neben der Gefahr von Konflikten zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern sehen die Jusos auch die Möglichkeit von Konflikten in den Entwicklungsländern. Durch das Machtstreben der USA kann es zu einer Komplizierung der internationalen Beziehungen kommen (Grenada).
- Je umfassender und offensiver die USA ihre "mobile Eingreiftruppe" ausbauen, um so größer ist die Gefahr militärischer Konflikte in verschiedenen Regionen der Welt.

- Die Friedensinitiativen der Jusos seien bisher zu einseitig gewesen. Es komme in Zukunft darauf an, auch gegen konventionelle Waffen aufzutreten und auch die ökonomische Komponente nicht unbeachtet zu lassen.
- Die Reagan-Administration kann nur beeinflusst werden im Wechselspiel mit den Oppositionspolitikern in den USA. Europa hat für eine Beeinflussung keine Chance.
- Die Jusos wollen auch in Zukunft aktiv mit der Friedensbewegung der USA zusammenarbeiten, um diese auch in ihrer Anti-Reagan-Haltung zu bestärken.
Es sei aber wichtig, daß die Friedensbewegung in den USA glaubhaft bleibt, d. h. daß sie sich in ihrem Kampf nicht nur gegen die NATO wenden darf, sondern auch gegen den Warschauer Pakt.
- Die Sowjetunion müßte der Weltöffentlichkeit deutlich machen, worin sich eine neue Ausgangslage sichtbar machen könnte, die neue Abrüstungsverhandlungen möglich macht. Es gelte klar zu machen, was sind die neuen Bedingungen für die Sowjetunion für die Aufnahme von Verhandlungen.
- Sie gehen davon aus, daß sich die Haltung in den USA in den nächsten 3-4 Jahren nicht ändern wird, weil der politische Druck im eigenen und im Ausland dafür nicht ausreicht.
- Die Gegenmaßnahmen in der DDR und CSSR seien keine adäquate Antwort auf die Raketenstationierung der NATO. Politisch gesehen hätten diese Länder darauf verzichten können.
- Diese Maßnahmen werden den Differenzierungsprozeß in der Friedensbewegung verstärken. Negative Effekte auf den Friedenskampf der westlichen Organisationen seien dabei nicht ausgeschlossen, vor allem in den Fragen, gegen wen sich weitere Aktivitäten richten.
- Ihre Partei (SPD) will mit der Friedensbewegung die konservative Herrschaft der CDU/FDP brechen. Dies sei aber ein komplizierter Prozeß und sie machen sich keine Illusionen. Die Jusos und die SPD setzen dabei auf die Linie von Egon Bahr.
- Die Verknüpfung der Friedensbewegung und der Gewerkschaft in der BRD hat kein politisches Gewicht. Es kann kein Bezug hergestellt werden zwischen den Zielen der Friedensbewegung und dem Kampf der Gewerkschaften für eine 35-Stundenwoche.
- Die DDR soll nicht davon ausgehen, daß sie in früheren Jahren umfangreiche Friedensvorschläge gemacht hat, dies bleibe nicht immer in den Köpfen der Menschen.
Wir sollten Wege finden, unseren Abrüstungswillen immer neu zu propagieren. Dabei brauchten es nicht immer neue Vorschläge zu sein.

- Die politischen Kontakte zwischen der DDR und der BRD sollten auf breiter Ebene weitergeführt werden. Es wäre falsch, wenn wir uns auf Kontakte beschränken, die für uns weniger problematisch sind. Das DDR-Bild in den Massenmedien der BRD muß verändert werden. Ausführungen von DDR-Politikern müssen mehr Beachtung finden und nicht nur negative Ereignisse geschildert werden (z. B. der "Hungerstreik" zweier inhaftierter "Friedenskämpferinnen" in der DDR. Diese Ausführungen wurden von Hartung gemacht, ohne daß er auf die "Friedenskämpferinnen" weiter einging.)

Beide Seiten betonten nochmals die gute Gesprächatmosphäre und vertraten die Meinung, auch über andere Fragen, z. B. der Ökonomie, wiederum auf Delegationsebene zusammenzukommen.